Heute abend spricht 19.30 Uhr in Watzkes Ballsälen, Mickten, der estnische Genosse Flamo über das Thema: Wo der Faschismus herrscht. Außerdem spricht Gen. Olga Körner über: Warum roter Volksentscheid?


# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Stellenanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den drittletzten Teil einer Zeile) 1.50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alle Inseratenbüros, Abt. Dresden, Stiftstr. 7, Fa., Tel. 27 150, Postscheck Dresden 305 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: Frei Haus monatlich 3.20 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 3 Mk. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klerfisch, Dresden-A., Rammstein 40. Tel. 20 521. Postscheckkonto Dresden 30 494. Verantwortlich für Politik: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl Preikschat, Berlin; übriger Teil: Erich Goldmann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Mitscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 690.

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 14. April 1932 — Nummer 87


# Schwindelrezepte anstatt Arbeitsbeschaffung

## Der Krisenkongreß des ADGB hinter doppeltem Polizeikordon . Gewählte Arbeiterdelegierte werden nicht zugelassen . Stegerwald kündigt Lohnabbau und Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht an . Organisiert den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub . Kämpft für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD . Heraus zum roten Volksentscheid!

Berlin, 13. April 1932.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die den Krisenkongreß einberufen haben, um den Arbeitern vorzutäuschen, daß sie um Arbeitsbeschaffung kämpfen, haben den Tagungsort in den Reichstag, in die Bannmeile, verlegt. Diese Sicherung vor der Stimme der hungernden Arbeitermassen genügte ihnen aber noch nicht. Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Grzesinski ließ mit ungeheurem Polizeiaufgebot einen Absperrungskordon um den Reichstag ziehen. Die Absperrung ist schärfer als an den sogenannten „großen Tagen" des Reichstages.

Der Reichstagspräsident Löbe hatte außerdem die Anweisung gegeben, daß während der Tagung des Krisenkongresses kein Reichstagsabgeordneter im Reichstag mit einem Wähler sprechen dürfe und außer Reichstagsabgeordneten, den Gewerkschaftsführern und den von ihnen mit Ausweisen ausgestatteten Gästen keine niemand in das Reichstagsgebäude gelangen. Die Kommunistische Presse war zu dem Kongreß nicht zugelassen, trotzdem sind wir in der Lage, einen Bericht zu geben.

Was da zusammenkam, das waren die alten Delegierten des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, die sich aber zu Unrecht Delegierte nennen, denn sie wurden weder zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß noch zu diesem Krisenkongreß von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt.

**Die zahlreich in Berlin eingetroffenen wirklichen gewählten Delegierten der gewerkschaftlichen Mitgliedermassen wurden nicht zugelassen.**

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben beabsichtigt, nach dem Kongreß den Arbeitern zu sagen, daß der Reichskanzler selbst ganz bestimmte Versprechungen auf Arbeitsbeschaffung gemacht habe. Deshalb hatten sie Brüning eingeladen. Brüning sagte aber ab und bekundete damit in aller Oeffentlichkeit, wie er diese ADGB-Führer einschätzt. Brüning weiß, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bisher jeder Notverordnung zugestimmt haben und die mit allen Kräften beim Abbau der Löhne und der sozialen Unterstützungen mithalfen, auch den neugeplanten Lohn- und Unterstützungsabbau mit durchführen werden. An Brünings Stelle erschien Stegerwald, der sich bekanntlich schon vor einigen Wochen auf die Durchführung eines neuen Lohnabbaues, den Abbau der Arbeitslosenversicherung festgelegt hat und der sich öffentlich gegen die von den ADGB-Führern vorgebrachten „Arbeitsbeschaffungsvorschläge" ausgesprochen hat.

Diese „Arbeitsbeschaffungsvorschläge" der ADGB-Führer sind nichts als eine Verhöhnung des werktätigen Volkes. Es ist empörend, daß die ADGB-Führer Tausende von Mark Mitgliedsbeiträge der Arbeiter verschwenden, um so erbärmliche und lächerliche Vorschläge zu verkünden.

In der angenommenen Resolution des „Krisenkongresses" steht nichts anderes als die Bitte an die Reichsregierung, sogenannte zusätzliche Arbeiten in die Wege zu leiten. In der Entschließung wird gesagt, der Kongreß verkenne nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Es wird aber nicht etwa der Abbau des ungeheuren Reichswehr- und Polizeietats gefordert, es wird nicht etwa eine Millionärsteuer vorgeschlagen, sondern neben der Bitte, einen Teil der Reichsfinanzsteuer und der Hauszinssteuer zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, wird die Aufnahme einer „volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe" vorgeschlagen. Damit will man dem werktätigen Volk die angeblich aufgesparten Gelder aus den „Sparstrümpfen" ziehen, was geradezu ein Hohn auf die Not der werktätigen Massen ist.

Vielleicht sollen gar noch die Arbeitslosen selbst diese Anleihe zeichnen? Zunächst sollen die Banken die Anleihepapiere annehmen, und dafür Mittel zur Arbeitsbeschaffung vorschießen.

Dieser Vorschlag ist bereits im Reichswirtschaftsrat besprochen und abgelehnt worden, da die Banken, die selbst Hunderte von Millionen aus der Reichskasse beanspruchen, eine solche Belastung nicht übernehmen könnten. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates, das diese Ablehnung enthält, ist von den Vertretern der ADGB-Bürokratie mit angenommen worden. Es ist reiner politischer Betrug, wenn die ADGB-Bürokratie trotzdem dieses Heilmittel, das Kernstück ihres ganzen „Arbeitsbeschaffungsprogramms", vorschlägt. Die ganze Resolution des „Krisenkongresses" kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß die ADGB-Führer den breiten Massen verlogene Versprechungen machen, daß aber keine Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird, und daß die Schuld daran zu guter Letzt dem notleidenden werktätigen Volk selbst zugeschrieben werden soll.

### Was Leipart verschwieg

Die Eröffnungsrede Leiparts war ein Wiederkauen der alten bekannten ADGB-„Forderungen."

Wie ein Hohn klangen seine Worte über den neugeplanten Lohnabbau. Er sagte wörtlich:

„Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnsenkungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Prozent aufzwingen."

Nur hat Leipart vergessen, hinzuzufügen, daß der neue Berliner Schiedsspruch, der 10 Prozent Lohnabbau vorsieht — für die Berliner Bauarbeiter —, von den Gewerkschaftsführern, die an dem Schlichtungsausschuß teilgenommen haben, mit gefällt ist.

Die Preissenkung hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne, versichert Leipart. Dabei waren es Leipart und die Gewerkschaftspresse, die bei der Arbeiterschaft die Illusion von der Möglichkeit des Ausgleiches des Lohnabbaues durch Preissenkung geweckt haben.

### „Vertrauen zum Staat"

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte Leipart:

„Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der

# SA und SS verboten!

## Das Verbot als Auftakt des Eintritts der Nazis in die Regierung . Die Koalition von Hitler bis Severing in Sicht . Arbeiter, laßt euch nicht irreführen!

Berlin, 14. März. (Eig. Meldung).

**Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am späten Nachmittag mit der Annahme einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln absolut verboten werden.**

**Es ist, bevor wir auf die tieferen Gründe dieser Maßnahme eingehen, notwendig zu betonen, daß die SA- und SS-Führung seit Wochen und Monaten von dem geplanten Verbot in Kenntnis gesetzt war und so Gelegenheit hatte, den ganzen Apparat der SA und SS umzustellen.**

### Sturmabteilungen längst gewarnt

Während man noch am Tage vor dem Verbot des **Roten Frontkämpfer-Bundes** die Absicht des Verbots leugnete, um am nächsten Tag mit der in allen Orten erfolgenden Besetzung der Büros und der Beschlagnahme des Materials dem RFB einen entscheidenden Schlag zu versetzen, war es bei SA und SS ganz anders. Ihnen ließ man lange Zeit, sich auf das **Verbot vorzubereiten**, und tatsächlich führten die Sturmabteilungen seit Monaten **bereits eine Doppelexistenz, sind sie als „Volkssportverein" und unter anderen Namen getarnt.**

### Hitler-Koalition durch Verbot erleichtert

Hinter der Notverordnung verbergen sich hochpolitische Ursachen. Es mag paradox klingen, aber bleibt doch wahr: **Die SA ist verboten, um die Vorbedingung des Eintritts der Nazis in die Regierung zu schaffen.** Frankreich, von dessen Macht jede kapitalistische Regierung Deutschlands mehr oder weniger abhängig ist, **hat nichts gegen Hitler einzuwenden**, besonders, seitdem er die Erfüllungsverpflichtungen gegenüber dem internationalen Finanzkapital eingegangen ist. Aber es traut den proletarischen Elementen in der SA nicht und weiß, daß, wenn Hitler durch seine praktische reaktionäre Regierungspolitik den Sturmabteilungen die große Enttäuschung bereiten wird, sie rebellieren könnten.

Vor allem aber gibt die Bourgeoisie durch das Verbot ihrem **sozialfaschistischen Flügel die Möglichkeit, vor den SPD-Arbeitern die Einbeziehung der Nazis in die Regierung zu rechtfertigen.** Vor wenigen Tagen hat Severing erst in Hamburg die Erklärung abgegeben, daß er „gar nicht abgeneigt" wäre **mit den Nationalsozialisten in einer Koalitionsregierung zu sitzen.** Jetzt sollen die SPD-Führer in den Stand gesetzt werden, ihren Mitgliedern zu erklären, daß nach dem Verbot die Hakenkreuzler **ja gar nicht mehr so gefährlich seien.**

Der beabsichtigte Eintritt Hitlers in die Regierung ist auch von höchster außenpolitischer Bedeutung. Er bedeutet **die größte Verschärfung des Antisowjetkurses.**

### Hitler ist das Verbot willkommen

Das schmutzigste Spiel in dieser Angelegenheit aber treibt Hitler selbst. Er, der den Tag nicht erwarten kann, wo er in die Ministersessel gelangt, **begünstigte das SA- und SS-Verbot.** Er hat schon immer in schärfsten Konflikten mit den Sturmabteilungen gestanden, in denen eine ganze Reihe ehrlicher werktätiger Elemente gegen seinen kapitalistischen Kurs rebellierten. Wir erinnern an die Stennesrevolte im vorigen Jahr, in deren Verlauf ganze Teile der SA in Norddeutschland von Hitler abfielen mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie seine Youngpolitik nicht mitmachen könnten.

Mit Mühe und Not hat der „Olaf" den Sturm besänftigen können, aber ununterbrochen — das weiß jeder Kenner der inneren Vorgänge in den Sturmabteilungen — **gärte es in der SA. Hitler will diese unbequemen Abteilungen loswerden.** Sie waren ihm willkommen, soweit sie Arbeiter waren, aber sie sind ihm ein Hindernis, weil bei ihnen die Erkenntnis dämmert, daß sie **mißbraucht werden.**

### Mordterror soll verschärft werden

Das heißt durchaus nicht, daß etwa der Feldzug der Hakenkreuzbanditen gegen die Arbeiterschaft eingestellt wird. Ganz im Gegenteil: **der Mordterror soll in den nächsten Wochen verschärft werden.** Hitler wird so versuchen, die Wut der SA und SS **auf die Arbeiterschaft abzulenken.**

**Darum ist die höchste Wachsamkeit notwendig!** Mit Energie gilt es schon heute, morgen und in den nächsten Tagen, den SPD-Führern entgegenzutreten, die aus dem SA- und SS-Verbot einen Riesenerfolg in ihrem angeblichen Kampf gegen den Faschismus für sich machen und die in Wirklichkeit damit nur den Zeitpunkt der gemeinsamen Regierung mit Hitler, Frick und Goebbels beschleunigen wollen. **Es gilt gleichzeitig der Demagogie der Naziführer entgegenzutreten, die einerseits das Verbot mit herbeiführten, um schneller noch ins Regierungsgeschäft zu kommen, und die anderseits das Verbot benutzen, um sich als verfolgte Gegner des Systems aufzuspielen und so ihre Anhängermassen irrezuführen.**

### Roter Massenselbstschutz gegen Faschismus

**Nicht Hindenburg-Brüning-Groener-Severing sind die Feinde des Hakenkreuz-Faschismus, sondern nur die klassenbewußten Arbeiter. Auf ihnen allein ruht die Verantwortung des Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Spielarten. Sie müssen in Betrieben, Stempelstellen und Häuserblocks den roten Massenselbstschutz organisieren und überall zu fordern:**

**Aufhebung des RFB-Verbots,**

**durch das Severing der SA erst die Wachstumsmöglichkeit verschaffte.**

**Die Arbeiter müssen erkennen, daß der Kampf gegen Faschismus nicht nur Kampf dem nationalsozialistischen Mordterror der Hitlergarden bedeutet. Kampf gegen den Faschismus heißt gleichfalls Kampf gegen die Einheitsfront der Bourgeoisie von Hitler bis Wels, heißt Kampf gegen die Schlechregierung in Sachsen. Deshalb: heraus zum roten Volksentscheid für den Sturz der Schlechregierung und Auflösung des sächsischen Landtages.**